

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juli 2004



Das Tafelsilber und die Last der Generationen

Tafelsilber wird nicht entweiht, wenn eine Regierung Staatsbeteiligungen verkauft und den Erlös in den Etat einstellt. Und doch hat der Bundesrechnungshof Recht: Es kommt sehr darauf an, was der Finanzminister mit den Einnahmen macht – ob er Schulden abbaut oder ob er laufende Ausgaben finanziert.

Dass die Bundesregierung sich bemüht, die ihr verbliebenen Anteile an der Telekom und an den Postunternehmen abzugeben, ist grundsätzlich zu begrüßen. Der Staat hat hoheitliche Aufgaben wahrzunehmen, aber nicht als Anbieter von Gütern und Diensten aufzutreten, die am Markt unter Wettbewerbsbedingungen angeboten und nachgefragt werden können. Das ist der Sinn der Privatisierung. Dieser Privatisierungsvorgang ist unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten erst dann abgeschlossen, wenn der Staat nicht mehr zu den Aktionären zählt. Der Vorstand eines Unternehmens soll nicht mit dem Bundeskanzler oder dem Bundesfinanzminister sprechen und feilschen müssen, ehe er eine unternehmerische Entscheidung trifft. Die Sphären des Marktes und der Politik müssen getrennt bleiben.

Daher ist es löblich, dass sich Hans Eichel entschlossen hat, einen Teil des Aktienbesitzes des Bundes zu verkaufen. Ungeteilten Beifall könnte er erwarten, wenn er die Einnahmen dazu verwendete, die Schulden zu verringern. Das würde die Entschlossenheit unterstreichen, der wachsenden Belastung der Zukunft zu wehren: Der Staat trennt sich von Vermögensbeständen, um die Last künftiger Steuerzahler zu erleichtern. Das wäre ein gutes Programm. Mit der Verwendung des Erlöses für die Finanzierung laufender Ausgaben aber werden die heutigen Steuerzahler begünstigt und die künftigen belastet. Die Kritik des Rechnungshofes ist also nicht nur eine buchhalterische Anmerkung – sie rührt an das Grundverständnis von Verteilungsgerechtigkeit zwischen den Generationen.

Hans D. Barbier

Moderner Ablasshandel

Ab sofort kann jeder Fluggast seine persönlichen Klimasünden wieder gutmachen, indem er freiwillig für von ihm verursachte Treibhausgase zahlt. „Atmosfair“ heißt die Initiative des Bundesumweltministeriums und der Umweltorganisation Germanwatch. Jürgen Trittin – Bundesumweltminister – und Klaus Töpfer – Chef des UN-Umweltprogramms – haben sie am 22. Juni 2004 in Berlin vorgestellt.

Wer fliegen will, kann unter www.atmosfair.com herausfinden, wie stark das Klima durch seine Flugreise belastet wird. Dabei zählen nicht nur Entfernungen, sondern auch der Flugzeugtyp sowie die Start- und Landebedingungen, z.B. übliche Warteschleifen.

Für jede Tonne Kohlendioxid werden 15 € berechnet. Das ist der Preis, den es kostet, sie beispielsweise durch Aufforstung zu kompensieren. Der Kunde kann das Geld über die Atmosfair-Homepage einzahlen oder eine Überweisung bei der Bank abgeben. Per E-Mail oder Post erhält er dafür ein Zertifikat. Mit dem Geld werden dann in Entwicklungsländern Klimaschutzprojekte finanziert.

Ob die Initiative Erfolg hat, hängt von der Kundschaft bei Lufthansa, RyanAir & Co ab. Atmosfair hat zugesagt, in jedem Fall 35.000 € für Klimaprojekte zu spenden. Nehmen Trittin und Töpfer das Atmos-

fair-Projekt ernst? Wenn ja, dann müsste Bundesminister Trittin für jeden Trip zu seinen Beamten am Zweit-Dienstsz Bonn 8 € überweisen, Töpfer hätte für einen Hin- und Rückflug von seinem Dienstsz Nairobi nach Deutschland 63,90 € zu zahlen.

www.atmosfair.com

Rekord-Sozialausgaben

Die Sozialausgaben sind 2002 auf einen neuen Höchstwert gestiegen. Das kürzlich veröffentlichte „Sozialbudget 2002“ weist einen Anteil von 32,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) als so genannte Sozialleistungsquote aus. Rund 685 Milliarden € flossen 2002 in soziale Leistungen. Das sind rechnerisch knapp 8 300 € für jeden Bürger, vom Baby bis zum Greis. Zehn Jahre zuvor

Sozialleistungen	
pro Einwohner, in €	
1965	901
1970	1 423
1975	2 661
1980	3 711
1985	4 554
1990	5 520
1995	6 864
2000	7 846
2002	8 306

Quelle: BMGS

erhielt jeder Einwohner „erst“ 5 980 €.

Die Sozialausgaben sind im Durchschnitt der letzten 15 Jah-

re um 3,2 Prozent gestiegen, das BIP ist allerdings nur um durchschnittlich 2,3 Prozent gewachsen. Auf Grund der stagnierenden Wirtschaft dürfte die Sozialleistungsquote für die kommenden Jahre noch über dem Spitzenwert von 2002 liegen.

www.bmgs.bund.de/downloads/A230-2002.pdf

Wachsende Sorgen

Die Sorgen der Arbeitnehmer um Arbeitsplatz und Einkommen nehmen weiter zu: Das DGB-Trendbarometer 2004 zeigt eine tief pessimistische Stimmung.

43 Prozent der Beschäftigten sorgen sich um ihren Arbeitsplatz, sieben Prozent mehr als 2002. Auch der Anteil derjenigen, die sich große Sorgen um ihre finanzielle Zukunft machen, ist in diesem Zeitraum von 16 auf 23 Prozent in den alten Bundesländern gestiegen, in Ostdeutschland sogar auf 35 Prozent.

Laut Trendbarometer sahen nur noch zwölf Prozent die allgemeine Wirtschaftslage als gut oder sehr gut an, während 2002 noch 25 Prozent und im Jahr 2000 sogar 47 Prozent die Wirtschaftslage gut bis sehr gut beurteilten. 45 Prozent der Befragten befürchten zudem, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird; diese Entwicklung sah 2002 erst jeder dritte Befragte.

Angesichts des verwirrenden „Hüh!“ und „Hott!“ in der Wirtschaftspolitik überrascht es nicht, dass alle öffentlichen Akteure – Gewerkschaften inklusive – von den Befragten kaum noch akzeptiert werden.

www.einblick.dgb.de/archiv/0413/bin/0413.pdf

Jeder zweite Euro für den Staat

Tag für Tag, sechs Monate lang gehen die Bürger zur Arbeit und bekommen kein Geld dafür. Sie schwitzen im Büro und schufteten in der Fabrik, aber das Gehalt kassiert der Staat. Der gibt es dann zum großen Teil und in vielfältigen Formen an die Bürger zurück.

Wie üblich waren uns die Amerikaner ein gutes Stück voraus. Am 11. April feierte die Tax Foundation – ein in Washington ansässiges Forschungsinstitut, das sich für die Interessen der Steuerzahler einsetzt – den „Tax Freedom Day“. Das ist der Tag, an dem die Steuerzahler ihr Soll in Form von Steuern- und Sozialabgaben an den Staat erfüllt haben.

Die Deutschen müssen gut drei Monate länger arbeiten, bis sie rein rechnerisch nicht mehr für die öffentliche Hand, sondern für das eigene Portemonnaie wirtschaften. Der Tag, an dem der Deutsche seine Steuerpflicht erfüllt hat, kommt nach Berechnungen des Bundes der Steuerzahler – dem deutschen Pendant zur Tax Foundation – erst Mitte Juli. Der Zeitpunkt legt einen erschreckenden Schluss nahe: Mehr als die Hälfte des Jahres wird in Deutschland ausschließlich für die Staatskasse gearbeitet.

Arbeiten für „Vater Staat“

Verständlich, dass sich Unternehmer und Arbeitnehmer beschwerten, wenn der Staat die halbe Wirtschaftsleistung des Landes einkassiert und anschließend für verschiedensterlei Zwecke ausgibt. „Inzwischen wird in Deutschland jeder zweite Euro vom Staat ausgegeben“, moniert der Bundesverband deutscher Banken. Die Staatsquote, das Verhältnis der Staatsausga-

ben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), müsse deshalb „konsequent zurückgeführt“ werden.

Bis Mitte der sechziger Jahre betrug die Staatsquote nur etwa ein Drittel des BIP. Seit 1974 ist sie nicht mehr unter 44 Prozent gefallen. Nachdem die Wirtschaftspolitik in den siebziger Jahren bewusst das Ziel verfolgte, die Staatsausgaben auszuweiten und dafür die Staatsausgaben zu erhöhen, trat Bundeskanzler Helmut Kohl 1982 mit dem Versprechen an, die Staatsquote wieder spürbar zu senken. Kohl meinte seinerzeit, ein Wert von mehr als 50 Prozent sei gleichbedeutend mit Sozialismus. Tatsächlich überschritt Deutschland – vorübergehend – die 50-Prozent-Marke noch während seiner Amtszeit.

Staatsquoten im Vergleich

Für 2003 beziffert das Statistische Bundesamt die Staatsquote in Deutschland mit 48,9 Prozent. Großbritanniens Staatsausgaben erreichten nur 42,8 Prozent, die US-amerikanischen sogar nur 34,4 Prozent des BIP. Beide Länder hatten in den letzten Jahren höhere Wachstumsraten und niedrigere Arbeitslosenquoten als Deutschland. Deshalb ist für Hans-Werner Sinn, den Chef des Münchner ifo-Instituts und laut Bild-Zeitung „Deutschlands klügster Wirtschaftsprofessor“, eindeutig: Die hohe deutsche

Staatsquote „ist eine der wesentlichen Ursachen für das geringe Wachstum“. Bundesarbeits- und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) sieht das ähnlich und meint, die Staatsausgaben sollten im Verhältnis zum BIP mittelfristig sinken. Für die Oppositionsparteien CDU und CSU sowie die FDP steht ohnehin fest, dass die „ausufernde“ Staatstätigkeit schuld an Deutschlands wirtschaftlicher Misere ist. Sie wollen die Staatsquote unter 40 Prozent drücken.

Was der Staat ausgibt

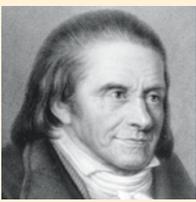
In der Staatsquote sind nicht nur die Ausgaben von Bund, Ländern und Gemeinden, sondern auch die der Sozialversicherungen (Renten-, Kranken-, Arbeitslosen-, Pflege- und Unfallversicherung) enthalten. Wie schwierig es ist, den staatlichen vom privaten Sektor abzugrenzen, zeigt das Beispiel der gesetzlichen Krankenversicherung

Staatsfinanzen

in Milliarden €

	Einnahmen	Ausgaben
1970	139,4	137,6
1975	236,4	267,3
1980	344,9	367,4
1985	431,0	441,9
1990	451,8	566,9
1995	830,6	1010,0
2000	955,3	928,5
2003	959,2	1041,3

Quelle: Statistisches Bundesamt



„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken,
wenn ihr die Starken schwächt.“

Johann Heinrich Pestalozzi, Schweizer Pädagoge und Sozialreformer

(GKV): Zwar werden die Ausgaben der GKV dem Staat zugerechnet, weil für die meisten abhängig Beschäftigten eine Versicherungspflicht besteht und die Krankenkassenbeiträge daher Steuercharakter haben. Die Krankenkassen handeln aber relativ autonom: Sie bestimmen eigenständig die Beitragssätze und legen ihre „Unternehmens“-Strategie unabhängig vom Gesundheitsministerium fest. Zudem konkurrieren gesetzliche Krankenkassen miteinander um Versicherte, die sich ihre Krankenkasse – im Gegensatz zum Finanzamt – selbst aussuchen können. Diese Merkmale sind eher typisch für privates Wirtschaften. Die Staatsquote ist also keine reine „Staats“quote.

Die Staatsquote: Nur bedingt aussagekräftig

Auch Vergleiche mit Staatsquoten anderer Staaten sind wenig aussagekräftig. Der durchschnittliche Amerikaner gibt keineswegs weniger Geld für seine Krankenversicherung aus. Seine Beiträge tauchen aber nicht in der Staatsquote auf, weil in den USA – anders als in Deutschland – keine Krankenversicherungspflicht besteht. Bleiben die Sozialabgaben beim Ländervergleich außer Betracht, relativieren sich die Unterschiede zwischen Deutschland und den Amerika: Die Steuerquote liegt in beiden Ländern bei etwa einem Fünftel des BIP.

Auf der anderen Seite erfasst die Staatsquote den tatsächlichen Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen nicht vollständig, da

zum Beispiel Unternehmen in öffentlicher Hand nicht dem staatlichen, sondern dem privaten Sektor zugerechnet werden.

Woher kommt, wohin geht das Geld?

Die Aussagekraft der Staatsquote ist also begrenzt. Für die Beurteilung der gesamten Staatstätigkeit sind die einzelnen Ein- und Ausgabeposten viel aufschlussreicher. Im vergangenen Jahr haben Bund, Länder, Gemeinden, Zweckverbände und Sozialversicherungen zusammen knapp 926 Milliarden € eingenommen. 443 Milliarden € davon bekamen die Finanzminister und Kämmerer in Form von Lohn-, Gewinn-, Umsatz-, Mineralöl-, Tabak- und anderen Steuern. Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen beliefen sich auf 374 Milliarden €. Gebühren für verschiedene Leistungen – von der Müllentsorgung bis zum Ausstellen von Personalausweisen – summierten sich auf 30 Milliar-

den €. Verkäufe von Vermögensgegenständen wie Aktien oder Gebäuden brachten weitere 14 Milliarden € ein. Dazu kamen noch viele kleinere Beträge.

Den größten Ausgabenblock bildeten mit 447 Milliarden € die Leistungen der Sozialversicherungen, vor allem Rentenzahlungen, Arbeitslosengeld und Gesundheitsversorgung. In diesem Betrag sind nicht nur die Beitragszahlungen enthalten, sondern auch die Zuschüsse aus Steuermitteln zur gesetzlichen Rentenversicherung und für die Bundesagentur für Arbeit. Werden weitere Sozialleistungen wie Kinder- und Erziehungsgeld, Sozialhilfe, Wohngeld usw. dazugezählt, zeigt sich: Mehr als die Hälfte des vom Staat ausgegebenen Geldes fließt in den sozialen Bereich. Hier liegen die Ausgaben inzwischen deutlich höher als in den siebziger Jahren.

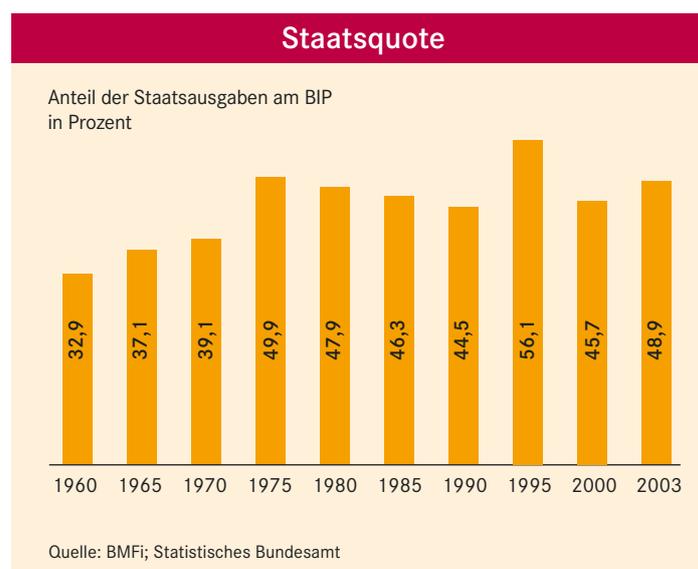
Die übrigen Ausgaben, beispielsweise für Verwaltung, Erhalt der Verkehrsinfra-

struktur, Bildung etc., haben sich dagegen in Relation zum BIP seit 1990 kaum verändert. Mit 185 Milliarden € fallen die Personalkosten, also die Gehälter der 4,8 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und die Altersversorgung ehemaliger Staatsdiener, am stärksten ins Gewicht. Die Ausgaben aller staatlichen Ebenen und Sozialversicherungen lagen um 74 € Milliarden höher als die Einnahmen. Die Differenz musste sich der Staat bei seinen Bürgern und den Banken leihen.

Private statt staatliche Verantwortung

„Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel frisst und auf Erden gemolken wird.“ An dieser Feststellung von Ludwig Erhard aus den fünfziger Jahren hat sich nichts geändert. Es geht nicht anders: Alle Ausgaben des Staates müssen aus den Arbeitserträgen der Bürger bezahlt werden.

Wenn der Staat mehr und mehr Steuern und Abgaben von seinen Bürgern einfordert, um das Geld dann nach den Vorstellungen und Wünschen von Politikern und Bürokraten umzuverteilen, hat das unerwünschte Folgen. Wer viel abgeben muss, überlegt sich, wie er Steuern sparen, Abgaben vermeiden und Ansprüche durchsetzen kann. Damit werden über kurz oder lang Selbstverantwortung, Leistungs- und Risikobereitschaft ruiniert. Die Erfahrungen zeigen: Verantwortung, die der Staat übernimmt, tritt nicht neben die private Verantwortung, sondern verdrängt sie.





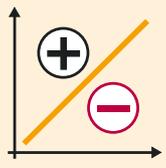
„Eher legt sich ein Hund einen Wurstvorrat an als eine demokratische Regierung eine Budgetreserve.“

Josef Alois Schumpeter, österreichischer Nationalökonom

IM KLARTEXT

Juli 2004

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Juli 2004

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung



Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sieht keine baldige Besserung am Arbeitsmarkt: Die DIW-Sommerprognose geht von 4,35 Millionen registrierten Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 2004 aus, 30 000 Personen weniger als im Vorjahr. Im nächsten Jahr wird ein Rückgang um 75 000 erwartet. Die Arbeitslosigkeit bleibt also nahezu unverändert hoch, und die vor Jahr und Tag versprochene durchgreifende Besse-

rung am Arbeitsmarkt lässt weiterhin auf sich warten – allen gut gemeinten Appellen, detaillierten Hartz-Gesetzen und milliarden schweren Arbeitsmarktprogrammen zum Trotz.

Geldwertstabilität



Bundesfinanzminister Hans Eichel wird zum wiederholten Mal mehr Schulden machen müssen, als er in seiner Haushaltsplanung vorgesehen hat. Eichel war für 2004 von 29,6 Milliarden € neuen Schulden ausgegangen. Ende Mai 2004 betrug der Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben aber schon 39,2 Milliarden €. Deshalb hat die Bundesregierung in Juni beschlossen, mindestens weitere 10,5 Milliarden € auf den Schuldenberg zu packen.

Das Ziel, ohne Neuverschuldung auszukommen, hat der Finanzminister wohl endgültig aufgegeben. Noch vor Jahresfrist versicherte er, dass 2006 Schluss mit neuen Schulden sei und der Haushalt ausgeglichen sein werde. Mittlerweile rechnet der Kassenwart der Nation damit, dass der Bund

Neuverschuldung

des Bundes, in Milliarden €

	Soll	Ist
2001	22,3	22,8
2002	21,1	31,9
2003	18,9	38,6
2004	29,6	40,1*
2005	22,0	

* Stand Juni

Quelle: BMFi

bis mindestens 2008 Jahr für Jahr neue Kredite in Höhe von gut 20 Milliarden € aufnehmen muss.

Eigenverantwortung



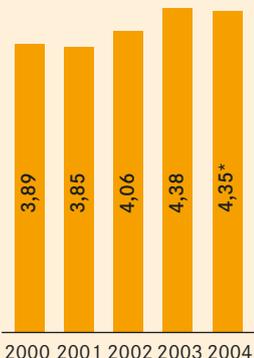
Bis 2030 soll das Niveau der Renten nicht unter 43 Prozent des Bruttolohns sinken. Der Gesetzgeber unterstellt in dieser Zusage den so genannten „Eckrentner“: Der hat 45 Jahre gearbeitet, regelmäßig ein durchschnittliches Bruttogehalt verdient und lückenlos seine Rentenbeiträge gezahlt. Die Wirklichkeit sieht anders aus: Männer, die 2002 in Rente gegangen sind, haben im Schnitt nur 39 Jahre lang Beiträge gezahlt, Frauen sogar nur 23 Jahre. Ursachen für die kürzere Lebensarbeitszeit

sind hohe Arbeitslosigkeit, längere Ausbildungszeiten und Vorruhestand. Weil zudem Teilzeitarbeit, berufliche Auszeiten und Ähnliches zunehmen, werden die Beitragszeiten weiter sinken. Demnach wird die durchschnittliche Bruttorente bei Renteneintritt im Jahr 2030 um 37 Prozent liegen; zur Zeit sind es 48 Prozent. In ungünstigen Fällen könnte die Rente sogar auf das Sozialhilfeniveau sinken. Das liegt derzeit bei 26 Prozent des Durchschnittseinkommens.

Wer nicht privat vorsorgt, wird sich im Alter extrem einschränken müssen. Noch immer setzen aber gut 50 Prozent der Arbeitnehmer allein auf die gesetzliche Rente.

Arbeitslose

Jahresdurchschnitt
in Millionen



2000 2001 2002 2003 2004

* geschätzt

Quelle: Bundesagentur f. Arbeit, DIW

Rente 2003

Monatsdurchschnitt in €

Altersrente Männer	1 191
Altersrente Frauen	618
Erwerbsminderung Männer	915
Erwerbsminderung Frauen	710
Witwerrente	261
Witwenrente	615
Waisenrente	175

Quelle: BfA

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstrasse 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: dpa - Bildarchiv

Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard